

Emissionen steigen weiter: Wie Österreich die Klimazukunft verspielt

(Wien, 22. Juli 2020)

Die österreichischen Emissionen steigen weiter und das Land verteidigt seine europäische Schlusslichtposition. Während bei Budgetfragen gerne die Botschaft gesendet wird, dass zukünftigen Generationen keine neuen Schulden aufgehalst werden dürfen - gilt bei den Emissionen offenbar das Gegenteil. „Wie schon beim EU-Gipfel bremst Österreich nicht nur in der Vergabe von Geldern, sondern auch beim Klimaschutz. Beides ist fatal“, unterstreicht Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens.

Während Dänemark mit einem neuen Klimaschutzgesetz vorausseilt, das eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 70% bis 2030 vorsieht und das über Parteigrenzen hinweg fast einstimmig beschlossen wurde, will man in Österreich den Titel als Klimaschutzschlusslicht anscheinend nicht aufgeben.

Die heute präsentierten Emissionszahlen für das Jahr 2019 sind desaströs: sie zeigen eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. „Österreich wäre nicht nur unionsrechtlich verpflichtet, diesen Trend umzukehren, sondern auch uns als BürgerInnen. Wenn es so weitergeht, werden es die Menschen in Österreich in allen Belangen zu spüren bekommen – den einen schwemmt es das Haus weg, den anderen trocknet es die Ernte aus, alle leiden unter der Hitze und am Ende des Tages wird nichts mehr so sein, wie bisher. Wir Menschen tragen dann die Rechnung für das Versagen der österreichischen Regierung“, meint Rogenhofer und verweist auf die 380.590 Stimmen, die das Klimavolksbegehren als eindeutigen Auftrag an die Politik gesammelt hat.

„Während die Menschen aufstehen und bereit sind, in eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft zu starten, werden von Seiten der Politik nicht einmal die eigenen Versprechen eingehalten“, bekräftigt Rogenhofer mit Blick auf die Taskforce für eine ökologische und soziale Steuerreform. Auch die Liste der Milliarden, die noch immer in die Förderung von klimaschädlichem Verhalten gesteckt wird, ist weiterhin nicht erstellt, geschweige denn sind diese gestrichen worden.

„Um das übergeordnete Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, wird eine Politik der kleinen Schritte und Leuchtturmaßnahmen nicht mehr ausreichen. Es braucht einen Umschwung auf allen Ebenen, keine verschleppten Taskforce-Treffen oder ähnliches. Kurzum: wir brauchen endlich einen klaren Plan für die Menschen und Wirtschaft. Wenn der österreichische Bundeskanzler sich allerdings aktiv für massiven Kürzungen der EU-Gelder für Forschung und Klimaschutz einsetzt, ist die Ernsthaftigkeit fraglich. Bei solcher Fahrlässigkeit helfen alle Lippenbekenntnisse zum Klimaschutz nichts“, schließt Rogenhofer.

Zum Klimavolksbegehren:

Die Eintragungswoche des Klimavolksbegehrens ist vom 22.-29. Juni. Als unabhängige Stimme fordert das Klimavolksbegehren gemeinsam mit BürgerInnen und anderen Organisationen die Politik auf zu handeln – für eine lebenswerte Zukunft. Mittlerweile gibt es über 1000 Menschen in allen Bundesländern, die sich für das Klimavolksbegehren engagieren. Unsere Forderungen haben wir gemeinsam mit ExpertInnen aus der Klimawissenschaft, Umwelt-NGOs und anderen Organisationen ausgearbeitet.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: www.klimavolksbegehren.at



Pressekontakt:

Mag. Kathrin Resinger, MA
Klimavolksbegehren | Leitung Presse
+43 (0) 677 63 751 340
k.resinger@klimavolksbegehren.at